



# **Niederschrift**

## **Europaausschuss**

19. Wahlperiode - 33. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. März 2020, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 342 a des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Wolfgang Baasch (SPD)

Vorsitzender

Hartmut Hamerich (CDU)

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jörg Nobis (AfD)

i. V. von Volker Schnurrbusch

**Fehlende Abgeordnete**

Tobias von der Heide (CDU)

Stephan Holowaty (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht der Landesregierung zur Tagungsübersicht der Frühwarndokumente (FWS-Dokumente 19/1, Stand: 27.01.2020), konkret zu folgendem Dokument: Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa, COM(2020) 23 final</b>	<b>4</b>
Antrag der der Abg. Regina Poersch (SPD) Umdruck 19/3649	
<b>2. Aktuelles aus dem Nordischen Rat</b>	<b>5</b>
<b>3. Aktuelles aus dem Ausschuss der Regionen</b>	<b>6</b>
<b>4. Besuch des Landtags durch den Präsidenten des dänischen Folketing mit einer Delegation am 17. März 2020</b>	<b>8</b>
<b>5. Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1931	
<b>6. Verschiedenes</b>	<b>10</b>
<b>a) Bericht des Vorsitzenden über eine Tagung der Vorsitzenden der Europaausschüsse der Länder und des Bundes</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung streicht der Ausschuss Punkt 2 von der Tagesordnung.

- 1. Bericht der Landesregierung zur Tagungsübersicht der Frühwarndokumente (FWS-Dokumente 19/1, Stand: 27.01.2020), konkret zu folgendem Dokument: Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa, COM(2020) 23 final**

Antrag der der Abg. Regina Poersch (SPD)  
[Umdruck 19/3649](#)

Herr Augustin, Leiter der Abteilung Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten im MJEVG, berichtet, bei dem vorliegenden Dokument handele es sich zunächst einmal um eine rein technische Anpassung. Sie betreffe einen der großen Blöcke des Green New Deal for Europe. Werde dieser wie derzeit vorliegend umgesetzt, könnte einige Regionen in Deutschland nicht begünstigt sein. Vorgesehen sei nämlich, insbesondere die Regionen im Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen, beispielsweise Kohle und Ölschiefer, zu fördern. In einem solchen Fall würde Schleswig-Holstein nicht von einer Förderung profitieren. Dies sei einer der Punkte, die in Brüssel aus schleswig-holsteinischer Sicht vehement vorgetragen werde. Hilfreich sei, dass Schleswig-Holstein nicht allein betroffen wäre.

Auf eine Nachfrage der Abg. Poersch bestätigt Herr Augustin, dass der von ihm genannte Förderbetrag in Höhe von 877 Millionen € die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes betreffe. Er bestätigt, Befürchtung sei, dass Schleswig-Holstein davon nicht profitiere. Es könnte sogar sein, dass neben den diskutierten Einschnitten beispielsweise bei EFRE und ESF weitere Umschichtungen aus diesen Fonds hin zu dem neuen Fonds erfolgen könnten. Deshalb werde die Forderung erhoben, für diesen Fonds nicht Mittel aus den Regionen einzusetzen, die nicht von dem Fonds profitierten.

## **2. Aktuelles aus dem Nordischen Rat**

Berichterstattung: Abg. Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Der Ausschuss setzt diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

### **3. Aktuelles aus dem Ausschuss der Regionen**

Berichterstattung: Abg. Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Voß gibt einen Überblick über die bisherige Arbeit im Rahmen der konstituierenden Sitzung der Mandatsperiode von 2020 bis 2025 Anfang Februar. Dabei bezieht er sich insbesondere auf die Wahl der Gremienmitglieder, die - von Abg. Poersch nachgefragt - Größe der Fraktionen, die Zusammensetzung des AdR sowie die wesentlichen Schwerpunkte der ersten Sitzung. Dazu benennt er die Themen geplante Konferenz zur Zukunft Europas, Erweiterungspolitik, Abwanderung Hochqualifizierter sowie Rechtsstaatlichkeit.

Im Zentrum aller Debatten - so Abg. Voß - stehe der New Green Deal for Europe.

In diesem Zusammenhang gibt er seinen Eindruck wieder, dass die Klimagesetzgebung der EU strikt umgesetzt werden werde.

Außerdem weist er auf einige Initiativen hin und benennt: Wasserstoffinitiative, Farm-to-Fork-Strategie, Initiative zur grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung und Finanzen.

Sodann geht er kurz auf verschiedene Netzwerke ein.

Er sagt abschließend zu, dem Ausschuss einen schriftlichen Bericht über die aktuellen diskutierten Themen zuzuleiten.

Abg. Poersch gibt ihrer Auffassung Ausdruck, eine der Funktionen der Mitgliedschaft Schleswig-Holsteins im AdR sei eine Art Frühwarnsystem. Sie spricht sich dafür aus, im Ausschuss zu gegebener Zeit die Themen Just Transition Fonds - Fonds für den gerechten Übergang - sowie die Strategie der Kommissionen vom Hof auf den Tisch - Farm-to-Fork-Strategie - intensiver zu erörtern.

Abg. Voß vertritt die Ansicht, der AdR könne insbesondere dort erfolgreich sein, wo es in der europäischen Politik eine Lücke gebe. Außerdem macht er darauf aufmerksam, dass es sich bei dem AdR um ein beratendes Gremium handelt.

Der Vorsitzende betont die Bedeutung von Netzwerkpolitik im Rahmen der Europapolitik.

#### **4. Besuch des Landtags durch den Präsidenten des dänischen Folketing mit einer Delegation am 17. März 2020**

Berichterstattung: Herr Kristian Rieser und Jan Diedrichsen

Herr Rieser, Leiter des Referats Protokoll, Veranstaltungen der Landtagsverwaltung, gibt einen Überblick über das geplante Reiseprogramm des Folketings.

Er legt dar, die Reise sei unter zweierlei Hinsicht von historischer Bedeutung. Zum einen beziehe sich dieser Besuch auf den 100-jährigen Jahrestag der Volksabstimmung im Landtag, zum anderen handele es sich bei der Zusammensetzung der Delegation mit 55 Abgeordneten um die größte Folketing-Delegation überhaupt. Darunter befänden sich der Präsident des Folketing, drei Vizepräsidentinnen und mehrere Parteivorsitzende.

Herr Diedrichsen, Mitarbeiter im Referat Europaangelegenheiten, Ostseekooperation, Minderheiten in der Landtagsverwaltung, ergänzt, die Delegation umfasse auch die vormalige Parlamentspräsidentin, den jetzigen Vorsitzenden des wichtigen Minderheitenausschusses, den Parteivorsitzenden von Venstre sowie viele ehemalige Minister insbesondere aus dem Landesteil Süddänemark.

Der Vorsitzende berichtet, seine Fraktion habe einen zweitägigen Besuch im Grenzland gemacht und dort auch mit Vertretern der Minderheiten und vielen politischen Akteuren diskutiert. Dabei habe er wahrgenommen, welches Gewicht der „Wiedervereinigung“ beigemessen werde.

Er erkundigt sich sodann nach möglichen Planungen der weiteren Zusammenarbeit zwischen dem Landtag und dem Folketing.

Herr Rieser legt dar, es gebe Planungen für die zweite Jahreshälfte, einen sogenannten parlamentarischen Trilog durchzuführen. Dabei sollten - im Abstand von einer Woche - Veranstaltungen im Folketing, im Schleswig-Holsteinischen Landtag und im Bundestag stattfinden. Bei dieser Gelegenheit könnten thematische Akzente gesetzt werden. Beim Folketing werde es voraussichtlich um das Thema Minderheitenpolitik gehen. In Schleswig-Holstein werde überlegt, den Schwerpunkt auf das Thema Kultur zu legen. Zu beobachten sei, dass der Bund bisher relativ zurückhaltend an das Jubiläum herangehe.



## 5. **Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1931](#)

(überwiesen am 23. Januar 2020 an den **Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europa-ausschuss und den Bildungsausschuss)

Der Ausschuss diskutiert kurz über das weitere Vorgehen und verständigt sich schließlich darauf, zunächst die Planungen im federführenden Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg abzuwarten, um gegebenenfalls eine gemeinsame Sitzung durchzuführen und dazu Experten aus den Metropolregionen einzuladen.

## 6. Verschiedenes

### a) Bericht des Vorsitzenden über eine Tagung der Vorsitzenden der Europaausschüsse der Länder und des Bundes

Der Vorsitzende berichtet kurz über die am 8. und 9. März 2020 in Berlin durchgeführte Tagung der Vorsitzenden der Europaausschüsse der Länder und des Bundes. Er legt dar, diskutiert worden sei unter anderem über die Konferenz zur Zukunft der EU, das Selbstverständnis der Treffenden und das Thema Minority SafePack.

Außerdem gibt er bekannt, dass sich die Bundesländer Sachsen, Brandenburg und Schleswig-Holstein darüber austauschten, möglicherweise eine gemeinsame Initiative zum Thema Minderheiten zu starten.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin